

## Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dregger, Spranger, Erhard (Bad Schwalbach), Vogel (Ennepetal), Dr. Miltner, Dr. Waffenschmidt, Würzbach, Dr. von Geldern, Krey, Dr. Kunz (Weiden), Volmer, Weiß, Dr. Klein (Göttingen), Dr. Stark (Nürtingen), Buschbom, Clemens, Dr. Olderog, Bohl, Dr. Götz, Dr. Bötsch, Broll, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Dr. Laufs, Regenspurger und der Fraktion der CDU/CSU  
— Drucksache 9/1137 —

**Beteiligung der DKP, ihrer Nebenorganisationen und von ihr beeinflusster Organisationen bei der Vorbereitung und Durchführung der Anti-Raketen-Demonstration in Bonn am 10. Oktober 1981**

*Der Bundesminister des Innern — I S 2 – 616 080 – 3/1 — hat mit Schreiben vom 19. Januar 1982 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:*

Die Bundesregierung ist nach wie vor der in den beiden Antworten vom 22. Mai 1981 (Drucksache 9/466) und vom 19. November 1981 (Drucksache 9/1057) auf die Kleinen Anfragen der CDU/CSU-Fraktion zum „Krefelder Appell“ dargestellten Meinung, daß die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihrer Verteidigungspolitik, insbesondere dem NATO-Doppelbeschluß nicht durch den Hinweis auf Versuche der DKP und ihrer Anhänger ersetzt werden kann, die Kritik an dieser Verteidigungspolitik einseitig für Ziele der sowjetischen Außenpolitik und für die Vergrößerung ihres eigenen politischen Einflusses in der Bundesrepublik Deutschland auszunutzen.

Diese Versuche werden von der Bundesregierung weder ignoriert noch bagatellisiert, wie die Opposition mit der vorliegenden Anfrage erneut glauben machen will.

So heißt es zum Beispiel im Verfassungsschutzbericht 1980, auf den hier nochmals hingewiesen wird, daß die DKP mit ihrer Bündnispolitik „zu größerem politischen Einfluß gelangen (will), als es ihr angesichts geringer Mitgliederzahlen und eines beschei-

denen Wählerpotentials aus eigener Kraft möglich wäre". Zur Rolle der KFAZ ist ausgeführt: „Das 1974 unter maßgeblicher Beteiligung kommunistischer und kommunistisch-beeinflußter Organisationen gegründete KFAZ ist nach wie vor ein wichtiges Organ zur Koordinierung der kommunistischen Abrüstungskampagne“.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß hinsichtlich dieser Bestrebungen der DKP ein Informationsdefizit in der Öffentlichkeit nicht besteht.

Bei der Demonstration am 10. Oktober 1981 sowie bei anderen Aktionen gegen den NATO-Doppelbeschluß ist es – worauf die Bundesregierung mehrfach hingewiesen hat – zu unterschiedlichen Formen des Zusammenwirkens von orthodoxen Kommunisten und Nichtkommunisten gekommen. Die Bundesregierung sieht darin jedoch keinen Anlaß zu einer einseitigen Betrachtungsweise, die den Anteil orthodoxer Kommunisten bei Planung und Durchführung der Demonstration am 10. Oktober 1981 in Frageform auf eine Weise in den Vordergrund rückt, die den Schluß auf eine von langer Hand vorbereitete und gelungene orthodox-kommunistische Veranstaltung nahelegt.

Die weitaus überwiegende Mehrheit der Teilnehmer der Demonstration vom 10. Oktober 1981 lehnt kommunistische Zielsetzungen ab.

Unsere freiheitliche Demokratie muß das friedliche Engagement von Bürgern auch dann ernst nehmen, wenn Kommunisten mitmarschieren oder mitorganisieren.

Die Bundesregierung hält nichts von einer Grundhaltung, sich vor allem mit denjenigen zu beschäftigen, die Extremisten sind, das Anliegen der anderen Teilnehmer aber zu verdrängen. Eine solche Tendenz ist bei denjenigen erkennbar, die hier undifferenziert von „Volksfront“ sprechen.

Es gibt keine Alternative zur Verständigung, zum Zuhören, zum Aufeinanderzugehen und zum Miteinanderreden. Sonst kann es weder im Innern noch zwischen den Völkern Frieden geben.

1. Trifft es zu, daß lange vor der Einschaltung der späteren Veranstalter der Demonstration – der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ (ASF) und der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF) – am 9. Dezember 1980 bei einer erweiterten Tagung des Büros des von der DKP initiierten und gesteuerten Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) in Bonn, an der auch Generalmajor a. D. Bastian teilnahm, für dieses Komitee das Mitglied seines Büros, Frau M. Jansen, eine „große Versammlung für den Frieden“ als Höhepunkt seiner Aktivitäten für den Herbst 1981 vorschlug?

Es trifft laut „Bulletin“ Nr. 16 vom Januar 1981, der Zeitschrift des von der DKP beeinflussten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ) zu, daß am 9. Dezember 1980 die in der Frage erwähnte Tagung mit den genannten Teilnehmern stattfand und dort vorgeschlagen wurde, eine „große Versammlung für den Frieden“ als Höhepunkt der Aktivitäten des KFAZ für den

Herbst 1981 zu veranstalten. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dieser Tagung und der am 10. Oktober 1981 von SAF und AGDF durchgeführten Demonstration ist hieraus für die Bundesregierung nicht erkennbar.

2. Trifft es zu, daß unter Leitung des Mitarbeiters des KFAZ, Achim Maske (früher beim MSB Spartakus in Bonn), bei einer Aktionskonferenz des KFAZ in Frankfurt am 7./8. Februar 1981 unter dem Arbeitstitel „Bundesversammlung für Frieden und gegen Atomraketen“ abgesprochen wurde, allen Interessierten „vorzuschlagen, gemeinsam dieses große Treffen vorzubereiten“ in der Annahme, „eine derartige Bundesversammlung (könne) bestehende Schranken und Hemmnisse innerhalb der Öffentlichkeit überwinden“, und daß dort vereinbart wurde, auf die Einberufung eines vorbereitenden Koordinationsausschusses im März hinzuarbeiten?

Nach einem offenen Rundschreiben des KFAZ vom 12. Februar 1981 trifft es zu, daß die in der Frage erwähnte Absprache bzw. Vereinbarung auf der Aktionskonferenz des KFAZ in Frankfurt am 7./8. Februar 1981 getroffen wurde. Der Bundesregierung liegen keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, daß AFS oder AGDF an dieser Aktionskonferenz beteiligt waren oder später mit dieser Absprache bzw. dieser Vereinbarung konfrontiert worden sind.

3. Ist es richtig, daß noch vor dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg Vertreter von drei kommunistisch initiierten „Initiativen“, nämlich dem KFAZ, dem niederländischen Komitee „Stop de Neutronenbom“ (1977 auf Initiative der Kommunistischen Partei der Niederlande gegründet und bis heute von einem hohen Funktionär dieser Partei geleitet) und dem „Krefelder Appell“, mit Vertretern der ASF, der AGDF und des niederländischen Interkirchlichen Friedensrates (IKV) zusammentrafen und Absprachen über die Demonstration und den Aufruf dazu trafen?

Die Entstehung des Aufrufs für die Demonstration am 10. Oktober 1981 wird von den Veranstaltern, der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ (ASF) und der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF), in einer von ihnen im November 1981 herausgegebenen Dokumentation „Bonn 10. 10. 1981“ wie folgt dargestellt:

„Am 9. 6. 1981 fand in Duisburg das erste Vorbereitungstreffen für die Demonstration statt. Dort waren anwesend ein Vertreter des Krefelder Appells, der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, des Interkirchlichen Friedensrates und des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. Ferner war die Bewegung „Stop de Neutronenbom“ vertreten.“

4. Trifft es zu, daß die Initiatoren des „Krefelder Appells“ – eines „Versuchs der DKP . . . , die allgemeine Sorge um die Erhaltung des Friedens . . . zur Schaffung eines . . . Aktionsbündnisses unter ihrem Einfluß zu nutzen“ (Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen I/81, S. 13) – angesprochen worden sind, die Organisation der Herstdemonstration zu übernehmen, sich aber „aus verständlichen Gründen“ dafür nicht kompetent erklärten?

Die in der Frage enthaltene Darstellung ist von der Zeitschrift „graswurzel-revolution – Für eine gewaltfreie, herrschaftslose

Gesellschaft", Nr. 9/81, gegeben worden. Dort heißt es: „Nachdem sich die Initiatoren des Krefelder Appells aus verständlichen Gründen als nicht kompetent für die Organisation der Demonstration erklärt hatten, zog der IKV die „Aktion Sühnezeichen“ und die „Aktionsgemeinschaft für den Frieden“ als ihre Ansprechpartner zu Rate.“ Die Bundesregierung kann dies aus eigener Erkenntnis nicht bestätigen.

Nach Darstellung der Veranstalter in der Dokumentation „Bonn 10. 10. 1981“ (siehe Antwort zu 3.) teilte der Vertreter des „Krefelder Appells“ auf der Vorbereitungssitzung am 9. Juni 1981 mit, daß „dieser als Gruppe von Initiatoren den Aufruf anderer Organisationen nicht unterschreiben könne“.

5. Ist es richtig, daß der Aufruf zur Demonstration bei einer „Arbeits-sitzung“ während des Kirchentages in einem sehr kleinen Kreis, von dessen Zusammentreten nur wenige rechtzeitig erfahren hatten, „verabschiedet“, den Teilnehmern der Kirchentagsdemonstration von Herrn ter Veer vom IKV fertig präsentiert und bei späteren Zusammenkünften der Organisatoren der Demonstration vom 10. Oktober 1981 trotz Kritik aus dem Teilnehmerkreis nicht mehr verändert wurde? Ist es richtig, daß sich dieser Aufruf nur gegen „neue Atomwaffen in Europa“, also nicht gegen bereits installierte sowjetische SS 20-Raketen und weitere Installationen im außereuropäischen Teil der Sowjetunion richtet, sondern ausdrücklich nur gegen den NATO-Beschluß vom Dezember 1979?

Nach der von den Veranstaltern herausgegebenen Dokumentation „Bonn 10. 10. 1981“ (siehe Antwort zu 3.) fanden am 18. und 19. Juni 1981 während des Evangelischen Kirchentages in Hamburg drei Besprechungen statt, in deren Verlauf der Aufruf zur Demonstration in Bonn erarbeitet worden sei. Am Abend des 18. Juni 1981 sei von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern des „Bundesverbandes Bürgerinitiative und Umweltschutz“ (BBU), der „Grünen“, der „Jungsozialisten“, der ASF, der AGDF, des IKV und des KFAZ der Aufruf zur Demonstration formuliert worden. Am darauffolgenden Tag seien im Anschluß an eine Veranstaltung der ASF ca. 300 Personen aus 25 bis 30 verschiedenen Organisationen zusammengekommen und hätten den Aufruf ohne wesentliche Änderungen verabschiedet. Der Vorsitzende des IKV, ter Veer, habe den Aufruf am 20. Juni 1981 vor den Teilnehmern der Kirchentagsdemonstration bekanntgegeben.

Teilnehmer an späteren Vorbereitungstreffen für die Demonstration am 10. Oktober 1981 haben am Zustandekommen des Aufrufs Kritik geübt, so u. a. die „Hamburger Friedenskoordination“, die in einem offenen Brief vom 26. Juni 1981 gegen die Teilnehmer der Vorbereitungstreffen den Vorwurf erhob, daß „von knapp zwei Dutzend Funktionären großen Teilen der Friedensbewegung ein Vorschlag übergestülpt“ werde, „zu dem sie lediglich Ab- oder Zustimmung zum Ausdruck bringen“ könnten.

Kritikern gegenüber wies der Geschäftsführer der ASF in einem Rundschreiben vom 3. Juli 1981 darauf hin, daß der am 19. Juni 1981 verabschiedete Aufruf nicht mehr verändert werden könne, weil sonst der vorgesehene Demonstrationstermin verschoben werden müsse.

Der Aufruf enthält die Aussage „Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa“, fordert „die Regierungen der Mitglieds-länder der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen“ und fährt fort: „Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaf-fen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu set-zen“. Ferner befürwortet der Aufruf „ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt, noch gelagert oder verwendet werden“.

6. Ist es richtig, daß der frühere Redakteur der linksextremen Zeitung „Die Neue“ und jetzige Inlandsreferent der ASF, Andreas Zumach, in Interviews für die Veranstalter erklärt hat, sie würden dafür sorgen, daß „vor allem der Krefelder Appell in dem Redespektrum der Abschlußkundgebung vertreten“ sein werde, und – unter aus-drücklichem Bezug auf DKP und SDAJ – die Veranstalter hätten „keinerlei Einschränkungen vorgenommen oder Gruppen ausge-schlossen“? Wie hoch war der Anteil der „Initiatoren“ oder Unter-zeichner des Krefelder Appells an der Gesamtzahl der Redner bei der Demonstration?

In einem Interview für die Zeitschrift „rote blätter“, Nr. 9/81, dem Organ der DKP-Nebenorganisation „Marxistischer Studenten-bund Spartakus“, erklärte Andreas Zumach für die ASF: „Wir werden als Veranstalter dafür sorgen, daß diese Strömungen, mit Sicherheit vor allem der Krefelder Appell, in dem Redespektrum der Abschlußkundgebung vertreten sind. Dies wird durch Namen wie Gert Bastian hoffentlich gewährleistet sein können.“ Mit der Wendung „Diese Strömungen“ waren nach dem Textzusammen-hang neben dem „Krefelder Appell“ der „Bielefelder Appell“ (von Mitgliedern der SPD) und der Aufruf der Bertrand Russel Peace Foundation „Für ein atomwaffenfreies Europa“ gemeint.

Zur Teilnahme der DKP und der DKP-Nebenorganisation „Sozia-listische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) erklärte Zumach in einem Interview des Informationsdienstes „Das junge Wort“ (JW), Wiesbaden, am 23. September 1981:

„Es ist richtig, daß unter den 650 Gruppen unter anderem die DKP wie auch die SDAJ vertreten sind. Grundsätzlich ist dazu zu sagen, daß wir als Veranstaltungsorganisation natürlich nieman-dem verwehren können, unseren Aufruf zu unterzeichnen. Wir haben da auch keinerlei Einschränkungen vorgenommen oder Gruppen ausgeschlossen, wobei ich darauf hinweisen möchte, daß es ja immerhin bemerkenswert ist, daß die beiden genannten Organisationen den Satz unterschrieben haben: „Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa“.“

Unter den 16 Rednern der Abschlußkundgebung, von denen zwölf aus der Bundesrepublik Deutschland kamen, gehörten drei dem Initiatorenkreis des „Krefelder Appells“ an, fünf weitere Redner hatten den „Krefelder Appell“ unterzeichnet. Von den 16 deutschen Rednern der Auftaktkundgebung hatten mindestens neun den „Krefelder Appell“ unterzeichnet.

7. Ist es richtig, daß orthodoxe Kommunisten und von ihnen beeinflusste Organisationen in vielfacher Form seit vielen Jahren mit den als Organisatoren der Kundgebung vom 10. Oktober 1981 aufgetretenen AGDF und ASF und deren Mitgliedern zusammenarbeiten?

Ist es insbesondere richtig, daß

- der Geschäftsführer der AGDF, Assessor Ulrich Frey, schon 1973 zu den deutschen Teilnehmern bei dem sowjetisch gelenkten „Weltkongreß der Friedenskräfte“ in Moskau und 1974 zu den Unterzeichnern des von der DKP initiierten Aufrufs zum Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit gehörte, aus dem das DKP-gesteuerte KFAZ hervorging,
- der frühere Geschäftsführer der ASF, Volker von Törne, Vorstandsmitglied der zum SEW-Bereich gehörenden Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin (West) war, und der jetzige Geschäftsführer Volkmar Deile Mitglied der pro-kommunistischen Christlichen Friedenskonferenz ist und als „Erstunterzeichner“ des Aufrufs zur KFAZ-Kundgebung am 22. Mai 1976 in Bonn auftrat, die auch namens des Vorstandes der ASF unterstützt wurde,
- der Vorsitzende des zur AGDF gehörenden Versöhnungsbundes, Pfarrer Konrad Lübbert, Präsidiumsmitglied des sowjetisch gelenkten Weltfriedensrates und Mitglied des Führungsorgans des DKP-gelenkten KFAZ und dessen Mitgründer ist,
- das Kuratoriumsmitglied der ASF, Frau Marina Stütz, als Zirkelleiterin bei der DKP-Nebenorganisation „Marxistische Arbeiterbildung“ wirkt und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der erheblich kommunistisch beeinflussten Deutsch-Polnischen Gesellschaft ist,
- der langjährige ASF-Mitarbeiter Axel Preuschoff schon 1974 den Aufruf zur Gründungsveranstaltung des KFAZ unterzeichnete und die SEW unterstützt,
- die ASF in ihrem Mitteilungsblatt „Zeichen“ einen neuen Geschäftsführer sucht, von dem sie erwartet, daß er „positiv zur Bekämpfung des Antikommunismus“ steht,
- die DKP durch ihr für die „Bündnispolitik“ verantwortliches Präsidiumsmitglied Martha Buschmann ihre Beteiligung an den ASF-Friedenswochen als „neuen Höhepunkt in unserem gemeinsamen Ringen“ ankündigte?

Mitglieder der DKP, von Nebenorganisationen der DKP und von ihr beeinflussten Organisationen sowie Mitglieder des prosowjetischen „Weltfriedensrates“ suchen seit Jahren Kontakte zur AGDF und ASF und arbeiteten wiederholt mit diesen Organisationen zusammen.

Zu den einzelnen Anstrichen wird bemerkt:

- Nach der einem undatierten Rundbrief des derzeitigen Mitglieds des Büros des KFAZ, Gunnar Matthiessen, von Anfang November 1973 beigefügten Teilnehmerliste war Ulrich Frey als Vertreter des „Versöhnungsbundes“ Teilnehmer des vom „Weltfriedensrat“ 1973 in Moskau ausgerichteten „Weltkongreß der Friedenskräfte“.

Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland an diesem Kongreß initiierten einen „Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ am 7. Dezember 1974 in Bonn-Bad Godesberg. Dieser führte zur Gründung des KFAZ. Ulrich Frey gehörte zu den Unterzeichnern des Aufrufs zu diesem Kongreß.

- Ja, jedoch ist Volkmar Deile, soweit der Bundesregierung bekannt, nicht Mitglied der „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK).
- Ja, Konrad Lübbert ist Präsidiumsmitglied des prosowjetischen

- „Weltfriedensrates“ und Büromitglied des von der DKP beeinflussten KFAZ.
- Eine Mitarbeit von Frau Stütz bei der „Marxistischen Arbeiterbildung“ ist der Bundesregierung nicht bekannt.
  - Die Mitarbeit von Axel Preuschoff, Mitglied des Kreisvorstandes der SEW-Spandau, bei der ASF wird in einem Bericht der „Berliner Morgenpost“ vom 5. Dezember 1981 zur Friedensbewegung behauptet. Eigene Erkenntnisse hierzu liegen nicht vor. Im übrigen wird die Frage mit Ja beantwortet.
  - Nach einer Anzeige in dem Mitteilungsblatt „Zeichen“ (Nr. 3, September 1981) sucht die ASF einen Geschäftsführer. Von dem Bewerber wird u. a. erwartet, daß er „positiv“ stehe „zur Arbeit in der Volksrepublik Polen, in Israel, Westeuropa und den USA, zur Aufgabe der Aufarbeitung der deutschen Geschichte, zur Bekämpfung des Anti-Semitismus und des Anti-Kommunismus, zur Friedensarbeit auch in unserem Land“; er soll sich darüber hinaus bewußt sein, „daß ASF der evangelischen Kirche verbunden ist“.
  - In einem Beitrag des Zentralorgans der DKP „Unsere Zeit“ vom 16. Oktober 1981 über die Aktivitäten der Friedensbewegung nach der Demonstration am 10. Oktober 1981 schrieb das Mitglied des Präsidiums der DKP Martha Buschmann:  
„Neue Höhepunkte in unserem gemeinsamen Ringen zeichnen sich ab. Es ist das zweite Forum der Krefelder Initiatoren, das am 21. November in der Dortmunder Westfalenhalle stattfindet. Es sind die im November stattfindenden Friedenswochen und vielfältige Aktivitäten, die für den Jahrestag des Raketen-Beschlusses . . . geplant sind“.  
Die bundesweite Friedenswoche vom 15. bis 21. November 1981 war von ASF und AGDF wie im Vorjahr unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ initiiert worden.

8. Welche Funktionäre und sonstigen Mitglieder der DKP, ihrer Nebenorganisationen und der von ihr beeinflussten Organisationen und ausländischer kommunistischer oder kommunistisch gelenkter Organisationen haben
  - a) bei den Auftaktveranstaltungen der fünf Teilzüge der Demonstration gesprochen,
  - b) organisatorische Aufgaben bei den Teilzügen oder der Gesamtdemonstration wahrgenommen?

Zu den insgesamt 24 Rednern der verschiedenen Auftaktkundgebungen gehörten u. a.:

- Emil Carlebach, Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Hessen (gleichzeitig Mitglied des Präsidiums der DKP-beeinflußten „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten“ – VVN-BdA),
- Werner Stürmann, Bundesvorsitzender der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) (gleichzeitig Mitglied des DKP-Präsidiums),

- Gunnar Matthiessen, Mitglied des „Weltfriedensrates“ und des „Büros“ der KFAZ,
- Klaus Mannhardt, Bundesvorsitzender der DKP-beeinflußten „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK), Mitglied des „Weltfriedensrates“ und des „Büros“ des KFAZ sowie
- Mechthild Jansen, Mitglied des „Weltfriedensrates“ und des „Büros“ des KFAZ.

Bei zwei der fünf zur Abschlußkundgebung in den Bonner Hofgarten führenden Marschsäulen war innerorganisatorisch die Verantwortung neben anderen Organisationen auch der DKP-Nebenorganisation SDAJ und der von der DKP beeinflussten DFG-VK für die technische Durchführung übertragen.

Als „Zugleiter“ waren verantwortlich u. a. Jochen Dietrich, Mitglied des Sekretariats des Bundesvorstandes des „Marxistischen Studentenbundes Spartakus“ (MSB) und Achim Maske, Mitglied des „Büros“ des KFAZ.

9. Welche Funktion bei der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration hatte das Büromitglied des KFAZ, Gunnar Matthiessen, der sich während der Demonstration auf der Rednertribüne aufhielt, wie Pressefotos zeigen, und auf seiten der Veranstalter an deren Pressekonferenzen teilnahm, und welche der Sekretär des KFAZ, Achim Maske, der ebenfalls auf der Rednertribüne zu sehen war?

Gunnar Matthiessen und Achim Maske zeichneten für mehrere Rundschreiben des KFAZ zur Vorbereitung der Demonstration verantwortlich. Matthiessen lud mit einem Rundbrief vom 30. Juni 1981 zu einer Vorbereitungsbesprechung für die Demonstration am 13. Juli 1981 in das Büro der AGDF ein. Er gehörte zu den Rednern einer Auftaktveranstaltung am 10. Oktober 1981. Ob und ggf. in welcher Funktion er an Pressekonferenzen der ASF und AGDF teilgenommen hat, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

Achim Maske zeichnete für einen Flugblattaufwurf des KFAZ zur Demonstration verantwortlich und war „Zugleiter“ einer Marschsäule (siehe Antwort zu 8.).

10. Welche Erkenntnisse über die Finanzierung von Organisationen, die in der „Friedensbewegung“ tätig sind, aus Quellen der DDR hat die Bundesregierung über die öffentlich bereits bekannte Tatsache hinaus, daß die DDR über das KFAZ nicht wenige Gruppen finanziert? Treffen insbesondere Meldungen zu, daß von DDR-Seite monatlich Millionenbeträge zur organisatorischen Förderung der Friedensbewegung zur Verfügung gestellt werden, und gibt es Anhaltspunkte dafür, daß zur Finanzierung solcher und anderer Aufgaben der DKP und ihrer Bündnispartner auch Mittel aus den Freikaufzahlungen der Bundesregierung verwendet werden?

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort vom 19. November 1981 (Drucksache 9/1057) auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zum „Krefelder Appell“ ausgeführt:



„Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß der DKP seit Jahren erhebliche Zuschüsse aus der DDR zufließen. Darauf hat die Bundesregierung wiederholt hingewiesen. Zu der Parteiarbeit der DKP gehört die orthodox-kommunistische Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluß, bei der auch das KFAZ eine wichtige Rolle spielt. Weitergehende Erkenntnisse liegen den Sicherheitsbehörden nicht vor“ (a. a. O. S. 3).

Diese Antwort bezog sich auch auf die in der Kleinen Anfrage gestellte Frage, ob die Darstellung des „ppp“-Hintergrund-Dienstes vom 8. April 1981 zutreffend sei, daß die DDR über das KFAZ „nicht wenige Gruppen“ der Friedensbewegung finanziere.

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, auf welche Informationen „ppp“ diese Meldung stützt. Die Bundesregierung hat ihrer Antwort vom 19. November 1981 nichts hinzuzufügen außer dem Hinweis, daß ihr speziell zur Finanzierung der Demonstration am 10. Oktober 1981 nur die sich auf Angaben der Veranstalter beziehenden Pressemeldungen vorliegen, die allgemein bekannt sind.

11. Ist es richtig, daß das KFAZ auch schon mindestens seit Februar 1981 an der Vorbereitung der „Anti-Raketen-Demonstrationen“ in anderen westeuropäischen Ländern am 25. Oktober 1981 mitwirkte?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine aktive Beteiligung des KFAZ bei der Vorbereitung vergleichbarer Demonstrationen wie der am 10. Oktober 1981 in Bonn in anderen westeuropäischen Ländern vor. Ihr sind lediglich verschiedene Rundbriefe und ein Flugblatt des KFAZ bekannt, in denen zur Teilnahme an vergleichbaren Demonstrationen in Paris, Brüssel, London und Rom am 25. Oktober 1981 aufgerufen wird.

12. Treffen Meldungen zu, daß für die Pariser Anti-Raketen-Demonstration am 25. Oktober 1981 fast ausschließlich die KPF mit den ihr nahestehenden Jugend-, Studenten- und Gewerkschaftsorganisationen mobilisiert hat, während neben vielen anderen Gruppen die Sozialistische Partei sich nicht beteiligte?

Der Bundesregierung liegen hierzu lediglich Pressemeldungen vor, die den Fragestellern offenbar gleichfalls bekannt sind.





